

Zeitschrift: Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft
Herausgeber: Wechselwirkung
Band: 3 (1981)
Heft: 8

Rubrik: Meinung - Gegenmeinung

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

MEINUNG – GEGENMEINUNG

Regierungspropaganda für KKWs

Auf ein ziemlich unverschämtes Regierungsblättchen, das für KKWs in Hessen trommelte, gaben einige Bürger die folgende Antwort:

Offener Brief an die Hessische Landesregierung

Sehr geehrte Herren!

Im November 1980 verbreiteten Sie – als Einlage in verschiedenen hessischen Tageszeitungen – eine achtseitige Publikation der Landesregierung, die Sie „Die kleine Hessen-Zeitung“ nannten. Sie berufen sich dabei auf Ihre gesetzliche Informationspflicht gegenüber den Bürgern und schreiben über Ihre Broschüre weiter: „Sie wendet sich an Bürger, die sich in strittigen Fragen ein eigenes Urteil bilden möchten.“ In bezug auf das letztere erklären wir ausdrücklich, daß wir dem Ziel, die Bürger Hessens in entscheidenden Problemberäichen, wie dem der Energieversorgung, urteilsfähig zu machen, voll zustimmen.

Allerdings kamen uns schon auf der ersten Seite Zweifel, ob Ihre Broschüre wirklich diesem Ziel dient: Sie schreiben dort, die Auseinandersetzung um die Kernenergie „wird gelegentlich mit mehr Engagement als Sachkenntnis geführt“. Damit unterstellen Sie manchen hessischen Bürgern, die sich in diesen Fragen engagieren, sie verständen gar nicht richtig, wofür sie sich engagieren. Solche polemischen Schlenker tragen sicher nichts zu einer rationalen Urteilsbildung bei.

Die Zweifel verstärken sich beim Weiterlesen. Es wird auf die Angst der Bürger vor wirtschaftlichem Rückgang angespielt („wenn das so bleiben soll“); es wird so getan, als ob alternative Energien in Hessen ernsthaft praktiziert und erforscht würden. Dabei ist der finanzielle Aufwand in diesem Bereich – verglichen mit den riesigen Summen, die in Hessen für die Kernenergie ausgegeben werden und weiterhin ausgegeben werden sollen – völlig unerheblich. Darüber können auch die groß aufgemachten röhrenden Stories von den Sonnenkollektoren des Herrn Chen und der Biogas-Anlage des Herrn Pohlmann nicht hinwegtäuschen.

In der ganzen Aufmachung und mit Kampf-Parolen wie „Wer Vorsorge für erforderlich hält, kommt an Kernenergie nicht vorbei“ und „Entsorgung muß sein“ erweist sich die Broschüre als Propagandaschrift für Kernkraftwerke. So sehr, daß sogar der sicher nicht linkslastige Wiesbadener Kurier schrieb (WK 29./30.11.80): Der „... in ganz Hessen verteilten Broschüre sieht man erst auf den zweiten Blick an, daß sie nicht in den Schreibstuben der Kernkraftwerksindustrie entstand,

sondern in der Staatskanzlei.“

Wir fordern Sie auf, diese einseitige Meinungsbeeinflussung der hessischen Bürger zugunsten der Kernkraftwerks-Industrie und der Energieversorgungsunternehmen einzustellen. Es gibt auch andere – von Ihrer Broschüre verschwiegene – Energieversorgungskonzepte für die Bundesrepublik, die auf lange Sicht ohne Kernkraftwerke auskommen. Solange sich zwei Energieversorgungskonzepte, eines mit KKWs und eines ohne KKWs, gegenüberstehen und jeweils von Experten und wissenschaftlichen Gutachten gestützt werden, kann es nicht die Aufgabe der Landesregierung eines Bundeslandes sein, hier vorzupreschen und Vorentscheidungen zu treffen. Gegen diese Perversion des früheren „Hessen vorn“ wenden wir uns aufs entschiedenste.

(17 Unterschriften)

Irgendwelche Ähnlichkeiten mit Vorfällen in anderen Bundesländern sind nicht beabsichtigt, aber bestimmt nicht zufällig.

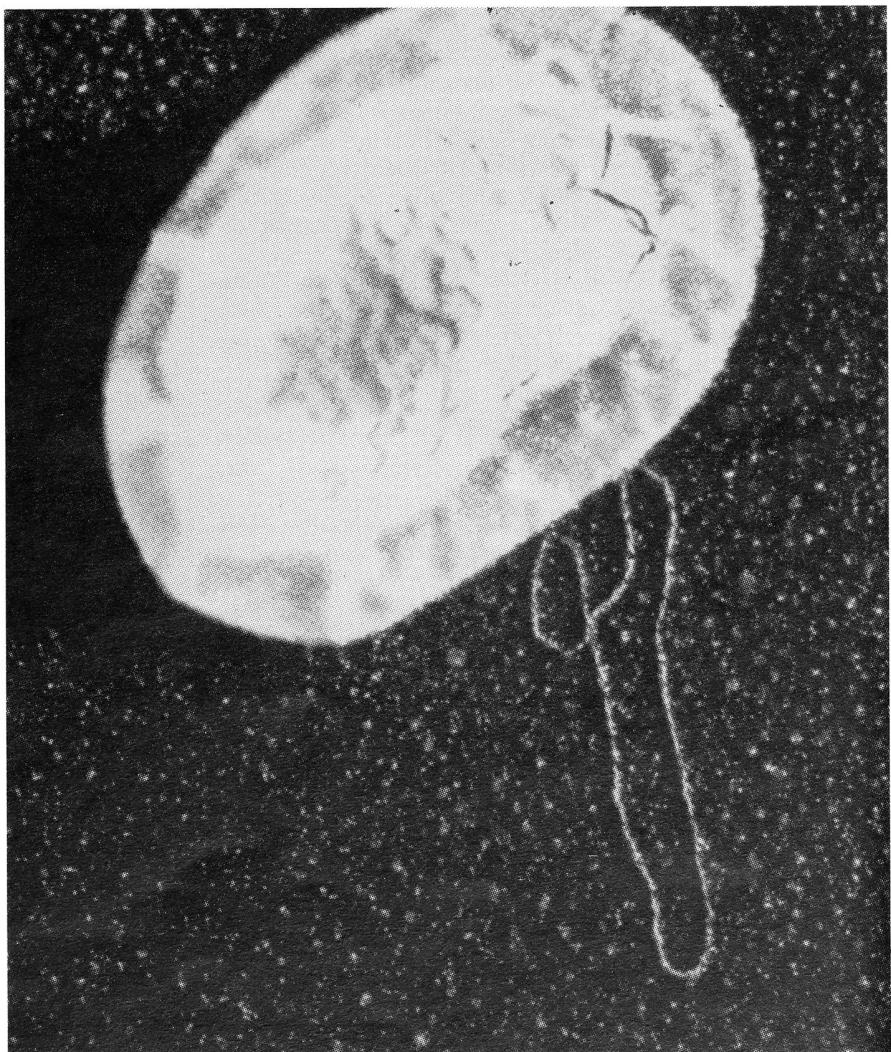
Walter Raleigh

Nobelwissenschaft?

Drei Männer – die Namen tun nichts zur Sache – teilen sich heuer den Nobelpreis für Chemie. Biochemiker, die Grundlagen für die Technik der Genmanipulation legten.

Damit wird unter anderem die Vergabe des Preises begründet. Das Nobelkomitee ging dabei auf die mit der Gentechnik verbundenen Risiken und Vorfälle (über die in beinahe jeder Wechselwirkung Neues und Erschreckendes berichtet werden muß) überhaupt nicht ein. Es suggerierte den Eindruck, wertneutrale, wissenschaftliche Erkenntnisse würden hier gewürdigt. Kein Wort darüber, daß eine gewaltige Genmanipulationsindustrie entsteht und daher die Schutzrichtlinien und Gesetze zurückgenommen oder aufgeweicht werden, die zunächst auf Anraten der betreffenden Wissenschaftler beschlossen wurden, nun aber deren Geschäft stören.

Daneben ist tatsächlich auch die – in der Begründung stark hervorgehobene – Strukturaufklärung beim Erbgut einzelner



Der Erbgutring auf dem Weg zu einer Bakterie: Ein neues Lebewesen entsteht.

Organismen mit Methoden der Genmanipulation möglich. Doch auch inwieweit dies ein ernsthaftes Problem ist (und nicht nur eines, das sich Wissenschaftler suchen, weil sie mit den wirklichen Problemen nicht zurechtkommen), scheint mir zweifelhaft zu sein.

Übrigens hat einer der drei, die sich die Geldsumme diesmal teilen, schon einmal, 1958, für Strukturaufklärungen eines Eiweißes den Preis bekommen. Ein Jemand, der jetzt zum Supernobelpreisträger wird, weil die Mehrfachauszeichnung nur äußerst selten vorkommt.

Damit wird er zum Superexperten auf allen Gebieten: wieviel Eßlöffel Vitamin C täglich zur Grippevorsorge geschluckt werden müssen, welche Tischtennisbälle am schnellsten fliegen, wieso Krebs durch den Gebrauch eines bestimmten Kloppapiers vermieden werden kann – dies alles soll ihm eine breite Öffentlichkeit glauben. (Lévy-Leblond hat dieses Universal-Expertentum, das sich in dieser Gesellschaft mit dem ausgezeichneten Wissenschaftler verbindet, ausführlich kritisiert.) Daneben dient der Nobelpreis vielfach als Bestätigung für eine bestimmte Lehrmeinung – wenn es dafür den Preis gibt, so muß es ja richtig sein (in dieser Form wird das sogar in der *Wechselwirkung* impliziert – z.B. Nr. 7, S. 53).

Alfred Nobel stiftete diese – heute angesehensten Preise für die bedeutsamsten kulturellen Leistungen im Bemühen, damit für seine wissenschaftliche Entdeckung und deren destruktive Folgen zu sühnen; die hohen Geldsummen für die Preise stammen aber doch aus den Profiten seiner Dynamitfabriken.

Und die Moral war bei der Verleihung des Preises nie gefragt – der Erfinder des grausamen Gaskriegs wurde 1918 für ein Ammoniaksyntheseverfahren genobelt, mit dem Deutschland überhaupt nur den Krieg durchstehen konnte. 1918 wurde – auch in wissenschaftlichen Zeitungen – leidenschaftlich diskutiert, ob er tatsächlich den Preis erhalten dürfte. Wir heute sollten weiter sein und fragen, welche Funktionen wissenschaftliche Auszeichnungen überhaupt haben.

Es ist auffällig, daß vieles, was an wissenschaftlicher Produktion zu kritisieren ist, mit ihnen zusammenhängt: Konkurrenzdenken, Hierarchien, Expertentum, Steuerungen des Wissenschaftsbetriebes durch das Forscher-Establishment usw. Nobel? Nein danke!

Engel Schramm

„Rettet den Wald – keine Startbahn West“

Seit 15 Jahren geht der Kampf nun schon gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens. Allerdings hat sich die Situation seit dem 21.10.80 entscheidend zugespielt. An diesem Tag gab das Verwaltungsgericht in Kassel der FAG (Flughafen AG; Aktionäre sind neben dem Land Hessen der Bund und die Stadt Frankfurt) grünes Licht zum Bau der Startbahn West. Etwa 570 ha Wald (oder 3 Millionen Bäume) sollen diesem ökologisch wie ökonomisch unsinnigen Großprojekt geopfert werden. Entsprechend groß ist der Widerstand dagegen.

Die BI gegen den Startbahnbau hat großen Zulauf und wird von der breiten Bevölkerung unterstützt. Daß ihre Wirkung und Schlagkraft mittlerweile weit über Südhessen hinaus bekanntgeworden ist, hat einige Ursachen, die es wert sind, genannt zu werden:

1. Die BI versteht sich in ihrer breiten Mehrheit als eine Organisation, die Widerstand als eine Vielzahl von gewaltfreien Aktionen begreift.
2. Das konsequente Festhalten an der Gewaltfreiheit führte zu einer über alle Bevölkerungsschichten und Generationen hinweg breiten Mobilisierung, die mittlerweile weit über die Flughafenliefergemeinden hinausreicht.
3. Das ökologische Bewußtsein der Bürger hat sich in den letzten Jahren im Rhein-Main-Gebiet aufgrund zahlreicher Umweltkämpfe (hier sei nur an den HCH-Skandal im südhessischen Ried erinnert) enorm erhöht. Die Aussagen der FAG zur ökologischen Unbedenklichkeit ihres Kahlschlags stehen im krassen Widerspruch zur Wirklichkeit, wird doch die neue Startbahn das einzige noch zusammenhängende Waldgebiet und noch halbwegs intakte Stückchen Natur und Naherholungsgebiet im südlichen Untermaingebiet zerstören. Ganz zu schweigen vom zunehmenden Lärm (offizieller FAG-Tenor: er wird weniger, weil breiter gestreut!) und den vermehrten Flugzeugabgasen. Da der industrielle Ballungsraum Rhein-Main ohnehin schon zu den belastetsten Regionen der BRD gehört (eine Folge davon sind die überdurchschnittlich hohen Atemwegserkrankungen), ist für alle Bürger klar, welche zusätzlichen Belastungen auf sie zukommen werden.
4. Die BI-Bewegung wirkt indirekt in die etablierten Parteien hinein. Nachdem die FAG unter massivem Polizeischutz (viele

Hundertschaften, Einsatz von NATO-Stacheldraht und Wasserwerfern) die ersten 7 ha von dafür eigens eingeflogenen österreichischen Holzfällern hat umlegen lassen, entluden sich Zorn und Wut vor allem an der SPD, die nun drauf und dran ist, ihre einzige in Südhessen noch verbliebene Hochburg im Kreis Groß-Gerau zu zerstören. Ihr Parteivorsitzender und Ministerpräsident Börner tritt ohne Abstriche weiter für den Ausbau ein. Dabei sind gerade in den letzten Wochen seit dem Kasseler Urteil zahlreiche der Öffentlichkeit vorenthaltene Gutachten und Stellungnahmen (u.a. von der Lufthansa) zum Startbahnbau bekanntgeworden, die das 300–400 Millionen-Projekt auch als ökonomische Fehlplanung ausweisen. Diesen Gegenargumenten, unterstützt von einem gewaltigen Rumoren an der Parteibasis über soviel Unvernunft, konnte sich denn auch der südhessische SPD-Bezirksparteitag am 15.11.80 nicht verschließen: 80% der Delegierten votierten trotz des Eingreifens Börners gegen den Startbahnbau. Doch auch diese Niederlage und schallende Ohrfeige aus den eigenen Reihen konnte Börners vorgefaßte Meinung zur Notwendigkeit des Startbahnbaus nicht erschüttern. Bleibt die Frage, warum soviel Starrsinn angesichts der Klarheit, mit der ökologische und ökonomische Fakten gegen den Bau sprechen? Nun, die Antwort dazu kam (unerwartet) klar von Frankfurts CDU-OB Wallmann, der über den Anteilseigner Stadt Frankfurt im Aufsichtsrat der FAG sitzt. Es stehe zu befürchten, so seine Argumentation, daß ein Erfolg der Ausaugegner (d.h. ein Sieg der BI-Bewegung) Signalwirkung auf andere „hessische Großprojekte“ haben werde (Ausbau des schon jetzt weltgrößten KKW's Biblis; Errichtung einer Wiederaufbereitungsanlage; Bau von Großkraftwerken in Ballungsräumen).

Für Politiker wie Wallmann, Börner oder Karry (FDP-Wirtschaftsminister in Hessen) eine wahrhaft apokalyptische Vorstellung, der rechtzeitig und unter Einsatz aller „rechtsstaatlichen“ Mittel begegnet werden muß. Angesichts ihrer brüchig gewordenen Argumente und des massiven Widerstands der Bürger wird dies dann wieder einmal der Polizeiknüppel sein. Doch führt gerade dies, wie der bisherige Polizeieinsatz hier zeigte, zu einem nicht zu unterschätzenden Bewußtseinsprozeß, schnurstracks weg von den etablierten Parteien, deren Umweltsprüche nicht deutlicher als deklamatorische Makulatur entlarvt werden können.

BI-Kontaktadresse und weitere Informationen über:
Erich Pompl
Cezannestr. 26
6082 Mörfelden-Walldorf